

CHINAS HALTUNG ZUM UKRAINE-KRIEG

Strategische Autonomie gesucht

Felix Wemheuer

Die chinesische Regierung hat ein Positionspapier zu Russlands Krieg gegen die Ukraine vorgelegt. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung hängt mit dem sino-amerikanischen Konflikt und der Beziehung zu den europäischen Staaten zusammen. Vor allem Frankreich wird als zugänglich eingeschätzt.

Das Dokument war längst mit Spannung erwartet worden: Zum ersten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24. Februar veröffentlichte das chinesische Außenministerium „Chinas Positionen zur politischen Lösung der Ukraine-Krise“ in zwölf Punkten. Darin werden beide Kriegsparteien aufgerufen, einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen anzustreben. China bietet an, in diesem Prozess eine „konstruktive Rolle“ zu spielen, eine konkrete Vorgehensweise für Verhandlungen gibt das Positionspapier nicht an. Es bekräftigt in rund 800 Wörtern im Wesentlichen die chinesischen Forderungen, die seit März 2022 erhoben werden.

Souveränität und territoriale Integrität aller Länder sollen demnach respektiert werden. Das kann durchaus als implizite Kritik an Russlands Gebietsannexionen in der Ukraine verstanden werden, explizit hat die chinesische Regierung allerdings bisher weder die Grenzverschiebungen noch den Angriff verurteilt. Der zweite Punkt richtet sich gegen eine „Mentalität des Kalten Kriegs“. Die Expansion von Militärbündnissen und eine neue Blockbildung werden kritisiert, womit die Nato-Osterweiterung gemeint sein dürfte, in der die chinesische Regierung eine Verletzung „legitimer Sicherheitsinteressen“ Russlands sieht. Außerdem fordert China die Aufhe-

bung aller Wirtschaftssanktionen, die nicht durch den UN-Sicherheitsrat beschlossen wurden.

Während diese beiden Punkte Russland entgegenkommen, wird unter Punkt acht die Drohung mit Atomwaffen verurteilt; diese dürften „nicht eingesetzt und Atomkriege nicht geführt werden“. Im Positionspapier wird darüber hinaus gefordert, die humanitäre Situation der Kriegsgeflüchteten zu lösen, für Sicherheit der Atomkraftwerke im Kriegsgebiet zu sorgen sowie am Getreideabkommen zwischen Russland und der Ukraine festzuhalten, um die globale Ernährungskrise zu lindern. China bietet an, sich am Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg zu beteiligen.

China bietet an, sich am Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg zu beteiligen.

Westliche Medien bezeichnen Chinas Haltung zum Ukraine-Krieg oft als neutral. Die chinesische Regierung beschreibt ihre Position in der Regel als „gerecht“ und „objektiv“. Da sie vor dem Krieg enge Beziehungen sowohl zu Russland als auch zur Ukraine unterhielt, sieht sich die Regierung in einer Zwischenposition. Regierungssprecher betonen immer wieder, dass die „allseitige strategische Partnerschaft“ mit Russland kein Militärbündnis wie die Nato sei und keinen Beistandspakt beinhalte.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Positionspapiers könnte mit Vorwürfen der US-amerikanischen Regierung zu tun haben. Außenminister Antony Blinken sagte Mitte Februar

bei der Sicherheitskonferenz in München dem Fernsehsender „CBS“ kurz vor der Ankunft des chinesischen Diplomaten und ehemaligen Außenministers Wang Yi, es gebe Anhaltspunkte, dass die chinesische Regierung in Erwägung ziehe, Russland mit „tödlichen Fähigkeiten“ auszustatten. Nahelegend ist, dass Blinken damit den diplomatischen Bemühungen Chinas um die EU-Länder einen Dämpfer versetzen wollte. Die chinesische Regierung bestreitet die Anschuldigungen. Nach Angaben der „Washington Post“ gibt es führenden US-Sicherheitsbeamten zufolge keine Beweise für chinesische Waffenlieferungen an Russland. Diese würden laut Blinken auch „Konsequenzen“ nach sich ziehen.

Wang sprach in seiner Rede in München von Europa und China als zwei „großen Zivilisationen“, die am „Prozess der Multipolarisierung“ der Welt beteiligt seien. Der Vortrag enthielt einige direkte und indirekte Seitenhiebe gegen „globale Hegemoniebestrebungen“ der USA. In der chinesischen Delegation in München war auch der ehemalige Oberst und Sicherheitsexperte Zhou Bo vertreten. In einem Interview mit dem Radiosender „Deutsche Welle“ sagte er, es sei ein Resultat der guten Beziehungen zu Russland und der immer negativeren Haltung der USA zu China, dass China die Rolle der USA im Ukraine-Krieg direkt, aber Russland nur indirekt kritisiere.

Auf der Konferenz traf Wang unter anderem zu einem Gespräch mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba zusammen. Wang versicherte dem chinesischen Außenministerium zufolge, beide Länder seien weiterhin „strategische Partner“. Interessanterweise regierte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj im Unterschied zu den meisten westli-

chen Regierungen relativ positiv auf Chinas Initiative. Er drückte seinen Wunsch aus, Xi Jinping zu treffen, der darauf bisher nicht reagiert hat. Die Wirtschaftsbeziehungen funktionieren: Nach offiziellen Angaben der Regierung in Kiew war die Volksrepublik im Januar 2023 noch mit Abstand der größte Handelspartner der Ukraine bei Importen und der drittgrößte bei Exporten.

Auf seinem Weg nach Moskau machte Wang keinen Zwischenhalt in Kiew. Das wäre wohl notwendig erschienen, wenn das Positionspapier ein konkreter Friedensplan wäre. In Moskau stieß die chinesische Initiative nicht auf große Begeisterung. Schon am 24. Februar dankte Marija Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, der staatlichen russischen Nachrichtenagentur „Tass“ zufolge der chinesischen Regierung für ihre Bemühungen. Russland sei offen dafür, die Ziele der „militärischen Spezialoperation“ auf diplomatischem Wege zu erreichen. Darunter fielen die Anerkennung der „neuen territorialen Realitäten“ in der Ukraine sowie die „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ des Landes. Der erste Punkt steht im Gegensatz zur Forderung des chinesischen Positionspapiers nach territorialer Integrität. Und an einer Dämonisierung der ukrainischen Regierung als „Nazis“ hat sich die chinesische Regierung nicht beteiligt.

Das Positionspapier richtet sich auch an die Weltöffentlichkeit, um Vorwürfen einer einseitigen Unterstützung Russlands entgegenzutreten und China als Friedensmacht darzustellen. Insbesondere im sogenannten Globalen Süden nehmen einflussreiche Staaten wie Indien, Südafrika und Brasilien eine ähnliche Haltung ein wie die Volksrepublik. Allerdings be-



FOTO: EPA-EFE/PHILIPP GUELAND

Hat bei der Sicherheitskonferenz in München im vergangenen Februar die Position seines Landes zum Ukrainekrieg deutlich gemacht: Wang Yi, ehemaliger Außenminister Chinas und derzeit der ranghöchste Diplomat des Landes.

steht zurzeit wenig Hoffnung auf einen Waffenstillstand mit dem Ziel von Verhandlungen im Krieg in der Ukraine. Sowohl die russische als auch die ukrainische Regierung scheinen noch zu hoffen, die andere Seite auf dem Schlachtfeld in dem opferreichen Abnutzungskrieg besiegen zu können.

Das Positionspapier richtet sich auch an die Weltöffentlichkeit, um Vorwürfen einer einseitigen Unterstützung Russlands entgegenzutreten und China als Friedensmacht darzustellen.

In den US-amerikanischen und deutschen Leitmedien waren die Reaktionen auf Chinas Initiative überwiegend negativ. Dem Vermittlungsangebot der Volksrepublik wurde die Ernsthaftigkeit weitgehend abgesprochen. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock bewertete am 24. Februar in einem Interview mit dem deutschen Fernsehsender ZDF die chinesische Kritik an atomaren Drohungen positiv. Sie sieht jedoch die Resolution der UN-Vollversammlung vom 23. Februar als einen gültigen „Friedensplan“. Diese Resolution fordert den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine. Bei der Abstimmung hatte sich China wie üblich enthalten, was Baerbock kritisierte.

Wang reiste in seiner Funktion als Direktor der Kommission für ausländische Angelegenheiten der Kommunistischen Partei Chinas, womit er

der ranghöchste Diplomat des Landes ist. Seine Reise nach Frankreich, Italien, Deutschland, Ungarn und schließlich auch Russland sollte ausloten, wo Unterstützung für die chinesische Position zu erwarten ist. Die offizielle Berichterstattung in China legt nahe, dass Frankreich unter den westeuropäischen Ländern am ehesten eine stärkere „strategische Autonomie“ zugetraut wird. Präsident Emmanuel Macron bewertete das Positionspapier überwiegend positiv und kündigte an, China im April zu besuchen, um auch über den Ukraine-Krieg zu sprechen.

2019 hatte die italienische Regierung als einziges G7-Land eine Grundsatzerklärung mit China unterzeichnet, um beim globalen Infrastrukturprojekt „One Road, One Belt“ zu kooperieren. Das wurde allerdings auch in Italien kritisiert. Die chinesische Seite hofft nun, die neue rechte Regierung unter Giorgia Meloni könne zu einer engen Zusammenarbeit zurückkehren. Allerdings ist die China-Begeisterung in Italien abgekühlt, das Land ließ Ende 2022 chinesische Bieter beim Verkauf der Triester Hafengesellschaft abblitzen. Der neofaschistische Wirtschaftsminister Adolfo Urso erteilte chinesischen Infrastrukturvorhaben eine klare Absage: „Wir werden uns den Chinesen nicht ausliefern“.

Ungarn hat eine besonders enge Beziehung zu China, nicht erst seit die Regierung mit der EU im Konflikt steht. Viele osteuropäische Staaten, die bis zum Ausbruch des Kriegs ein gutes Verhältnis zu China hatten, sind über dessen Haltung zum russischen Angriff verärgert. Ungarn hingegen trägt selbst einen Teil der westlichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland nicht mit.

Felix Wemheuer ist Sinologe und lehrt an der Universität Köln.

ANNONCES

Invitation à l'assemblée générale

Chères coopératrices, chers coopérateurs,

par la présente, nous vous invitons très cordialement à l'assemblée générale ordinaire, prévue **le jeudi 30 mars 2023 à 19 heures**, au siège de la s. c. : 51, av. de la Liberté, L-1931 Luxembourg (2e étage)

L'assemblée se tiendra en mode mixte. Pour pouvoir participer de façon virtuelle, il suffit d'envoyer vos nom, prénom et adresse électronique à ag@woxx.lu avant **le lundi 27 mars à 12 heures** au plus tard. Un lien d'invitation permettant l'entrée à la vidéoconférence (format Zoom) sera alors envoyé environ une heure avant le début de la séance.

Comme tous les ans, les coopérateurs et coopératrices ont la possibilité de poser leur candidature pour faire partie du conseil d'administration. Le conseil se réunit à peu près toutes les six semaines et serait heureux de pouvoir accueillir de nouveaux membres. Avis donc aux amatrices et amateurs !

Ordre du jour :

1. rapport du conseil d'administration
2. rapport financier de l'année 2022
3. rapport des commissaires
4. affectation du résultat
5. décharge du conseil d'administration
6. appel aux candidatures et élection d'un nouveau CA
7. élection des commissaires aux comptes
8. perspectives de notre projet
9. divers

Pour le conseil d'administration
Evandro Cimetta (président)

LE FONDS  BELVAL

Etablissement public créé par la loi modifiée du 25 juillet 2002 pour la réalisation des équipements de l'Etat sur le site de Belval-Ouest

AVIS DE RECRUTEMENT

Dans le cadre de ses missions de la réalisation, de la gestion, de l'entretien, de la maintenance, de l'exploitation et de la transformation du patrimoine immobilier de l'Etat à Belval, le Fonds Belval se propose d'engager avec effet immédiat

1 Juriste (m/f)

Le descriptif détaillé du poste et profil demandé est consultable sur le site internet du Fonds Belval : www.fonds-belval.lu (onglet offres d'emploi)

L'engagement sera à durée indéterminée et à tâche complète. Les demandes de candidature comportant une lettre de motivation, le curriculum vitae avec photo récente, les diplômes certifiés conformes ainsi que les références, sont à adresser au Fonds Belval pour le 22 mars 2023 au plus tard.

Le Fonds Belval

Félicie Weycker
Président du Conseil d'administration

1, avenue du Rock'n'Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette
Tél.: 26 840-1
E-mail: secretariat@fonds-belval.lu
www.fonds-belval.lu